

Lösch, Dieter

Article — Digitized Version

Die unverstandene Marktwirtschaft: Zum Problem ihrer Akzeptanz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Lösch, Dieter (1995) : Die unverstandene Marktwirtschaft: Zum Problem ihrer Akzeptanz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 75, Iss. 12, pp. 669-678

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137307>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Dieter Lösch

Die unverstandene Marktwirtschaft – Zum Problem ihrer Akzeptanz

Spätestens seit dem Untergang des planwirtschaftlichen Ordnungssystems hat sich die Kritik an der marktwirtschaftlichen Konzeption von einer systemüberwindenden Fundamentalkritik hin zu einer konstruktiven Gestaltungskritik gewandelt. Dennoch werden gerade in den Bereichen Sozial-, Umwelt- und Gesellschaftspolitik der Marktwirtschaft gravierende Fehlleistungen vorgeworfen. Wie sind diese Vorwürfe zu bewerten? Hängt die Akzeptanz der Marktwirtschaft auch von der Verbreitung sozialökonomischer Erkenntnisse ab?

Mit dem Ende des real existierenden Sozialismus ist das vertraute Paradigma der Wirtschaftssystemtheorie obsolet geworden. Das liberale Konzept für die Organisation einer Volkswirtschaft, die Marktwirtschaft, steht heute konkurrenzlos da. Die Länder des ehemaligen sozialistischen Lagers wollen ihre Planwirtschaften durch Marktwirtschaften ersetzen, und nicht nur in der dritten, auch in der westlichen Welt sind ordnungspolitische Reformen zur Verwirklichung von mehr Marktwirtschaft im Gange.

Der Impetus und die Akzeptanz der weltweiten Bestrebungen zur Einführung bzw. Verbesserung marktwirtschaftlicher Strukturen resultiert aus den von der Marktwirtschaft erwarteten Wohlstandswirkungen. Wie diese zustande kommen – also Funktionsweise und Funktionsbedingungen der Marktwirtschaft –, interessiert allerdings die breite Masse kaum, die offenkundig auch wenig Sympathie für den „Kapitalismus“ empfindet. Weder geliebt noch verstanden, wird die Marktwirtschaft als kleineres oder notwendiges Übel in Kauf genommen, solange der Wohlstand wächst. Wenn aber die „Wohlstandsproduktion“ ins Stocken gerät (oder die erwarteten Wohlstandswirkungen sich nicht sofort einstellen), schwindet ihre Akzeptanz sehr schnell.

Da die Akzeptanz der Marktwirtschaft offenbar vor allem von ihren Wohlstandseffekten abhängt und weniger auf ordnungstheoretischen Einsichten beruht,

droht demgemäß ein Teufelskreis aus effizienzschädlichen ordnungspolitischen Fehlleistungen, daraus resultierender schwindender Akzeptanz und dadurch verursachten neuerlichen ordnungs- und wirtschaftspolitischen Fehlern. Auf unzulänglichen Kenntnissen und Vorurteilen gründende mangelnde Akzeptanz gefährdet somit die erfolgreiche Einführung der Marktwirtschaft in ehemals sozialistischen Ländern wie auch die Leistungsfähigkeit etablierter Marktwirtschaften. Demgemäß stellt sich die Frage, ob es Mittel und Wege gibt, die Akzeptanz dieses Ordnungsmodells hier wie dort auf eine solidere Grundlage zu stellen.

Einsicht als Akzeptanzbedingung

Der Begriff Akzeptanz bedeutet die bejahende oder tolerierende Einstellung, z.B. gegenüber Hypothesen, normativen Prinzipien, Institutionen und Technologien. Das Gegenteil von Akzeptanz ist demnach eine ablehnende oder zumindest skeptische Haltung.

Das Wirtschaftssystem ist ein komplexes soziales System – bestehend aus tradierten Institutionen und rechtlichen Regelungen sowie spezifischen mikro- und makroökonomischen Organisationen –, das typische Verhaltensweisen voraussetzt und charakteristische Ergebnisse hervorbringt. Die prinzipielle Akzeptanz der Marktwirtschaft kann dabei durchaus einhergehen mit der Ablehnung partieller Strukturen, bestimmter Verhaltensweisen und einzelner Ergebnisse, die dieses System konstituieren bzw. die es typischerweise hervorbringt (und umgekehrt).

Akzeptanz/Ablehnung kann affektiv oder kognitiv motiviert sein; sie kann stark oder schwach sein, wobei starke Zustimmung bzw. Ablehnung entgegen-

Dr. Dieter Lösch, 54, ist Leiter der Forschungsgruppe Entwicklung und Transformation von Wirtschaftssystemen im HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg.

gesetzte Pole auf einer kontinuierlichen Skala darstellen, in deren Mitte Gleichgültigkeit bzw. Neutralität steht. Zwischen der Stärke einer zustimmenden oder ablehnenden Einstellung einerseits und einer mehr affektiven oder kognitiven Motivation andererseits scheint kein eindeutiger Zusammenhang zu bestehen, d.h., affektiv motivierte Einstellungen können durchaus stärker sein als kognitiv motivierte. Sollte es in unserer vom Rationalismus geprägten Gesellschaft jedoch nicht umgekehrt sein?

Je mehr in einer Gesellschaft kognitive Einsichten in die funktionalen Zusammenhänge zwischen dem Wirtschaftssystem und „guten“ Ergebnissen des gesellschaftlichen Wirtschaftens vorhanden sind, um so größer dürfte demnach die Akzeptanz dieses Wirtschaftssystems sein. Für die Akzeptanz der Marktwirtschaft sollte es folglich nicht nur auf die bloße Einsicht in die Leistungsfähigkeit dieses Systems ankommen, sondern mehr noch auf die Einsicht in die Ursachen bzw. Bedingungen dieser Leistungsfähigkeit. Diese Einsicht erfordert jedoch Kenntnisse der Zusammenhänge zwischen der Systemstruktur (Wirtschaftsordnung) und dem Systemoutput (Wohlstand) – also Kenntnisse der Marktwirtschaftsdoktrin, d.h. der der Marktwirtschaft zugrunde liegenden wirtschaftstheoretischen Hypothesen und wirtschaftssystempolitischen Konzeption.

Solche Kenntnisse können nur durch das Bildungssystem einschließlich der Erwachsenenbildung und der Medien vermittelt werden. Einer die breite Masse erreichenden Vermittlung der Marktwirtschaftsdoktrin stehen allerdings große Schwierigkeiten entgegen. Diese sind zum einen in der *Doktrin* selbst begründet, zum anderen im *Bildungssystem* und zum Dritten in der *Rolle des Staates* im Bildungssystem. Sie aufzuzeigen, soll im folgenden versucht werden. Dazu wird die Marktwirtschaftsdoktrin skizziert und, wenn auch ohne Anspruch auf Vollständigkeit, relativ ausführlich auf die wichtigsten Einwände gegen die Gültigkeit dieser Doktrin eingegangen, um eine Einschätzung ihrer Überzeugungskraft wie auch ihrer Schwachpunkte zu ermöglichen. Abschließend wird kurz dargelegt, warum – unabhängig von der „Sperrigkeit“ der Doktrin selbst – die Chance ihrer stärkeren Verbreitung durch das Bildungssystem und die Medien leider skeptisch einzuschätzen ist.

Das Kernstück: die Effizienzhypothese

Die Marktwirtschaftskonzeption als Leitbild für die Ausgestaltung der Volks- bzw. gesellschaftlichen Wirtschaft im Industriezeitalter war im Laufe ihrer über zweihundertjährigen Geschichte und im Zuge der Er-

kenntnisfortschritte der Wirtschaftstheorie einem permanenten Wandel unterworfen. Im Zentrum stand von Beginn an das Modell eines gleichgewichtsorientierten, automatisch informationsverarbeitenden Regelmechanismus, wobei bis heute mehr oder weniger kontrovers ist, inwieweit das sich weitgehend selbstregulierende System der steuernden Interventionen des Staates bedarf.

Das Kernstück der marktwirtschaftlichen Ordnungskonzeption bildet die Effizienzhypothese, d.h. die Aussage, daß die Marktwirtschaft als Wettbewerbswirtschaft die statische und dynamische Effizienz des gesellschaftlichen Wirtschaftens gewährleistet. Die theoretische Begründung der Effizienzhypothese erfolgt im Rahmen der Gleichgewichts- und Wohlfahrtstheorie unter Modellannahmen, die teilweise ganz offensichtlich unrealistisch sind. Ferner wird dabei unter anderem von der Existenz öffentlicher Güter, externer Effekte, der Unmöglichkeit interpersoneller Nutzenvergleiche und von der Ausgangsverteilung abstrahiert. Exakt „beweisen“ läßt sich daher die empirische Gültigkeit der Effizienzhypothese nicht.

Unterhalb der Ebene der exakten Beweisführung gibt es jedoch durchaus plausible theoretische Argumente und eine hinreichende empirische Evidenz dafür, daß Marktwirtschaft als ein System von Märkten, auf denen, wenn auch kein modellmäßig „vollkommener“, so doch ein „wirksamer“ Wettbewerb herrscht¹, unter bestimmten institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen² die Effizienz der gesamtwirtschaftlichen Produktion recht gut gewährleistet. Wettbewerb bewirkt, daß sich das Angebot an den Verbraucherwünschen orientiert, daß die Ressourcen in die im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage optimale Verwendung gelenkt werden, daß sich die Wirtschaft rasch an veränderte Daten anpaßt, daß die Produktionsfaktoren tendenziell ausgelastet werden, daß der technische Fortschritt ein hohes Tempo erreicht und die Verteilung nach „Leistungsbeiträgen“ erfolgt. Kurzum, wenn das gesellschaftliche Wirtschaften nach dem Marktwirtschaftsmodell organisiert ist, werden die in den Lehrbüchern aufgelisteten sogenannten „Wettbewerbswirkungen“ zwar nicht perfekt, jedoch recht weitgehend tatsächlich realisiert.

¹ Nach Auffassung der konkurrierenden Schule der Wettbewerbstheorie ist dies erfüllt, wenn „Offenheit der Märkte“ gegeben ist.

² Unter anderem sind dies die individuelle Handlungsfreiheit, die Vertragsfreiheit, die Existenz von Verfügungsrechten, Haftung, stabiles Geld usw.

Die Rolle des Staates

Die Gültigkeit der Effizienzhypothese steht und fällt mit der Existenz marktwirtschaftlicher Rahmenbedingungen, insbesondere mit den Wettbewerbsverhältnissen. Diese zu gewährleisten, ist nach heute herrschender Auffassung Aufgabe des Staates, weil es keinen spontanen Automatismus zu deren Herstellung bzw. Aufrechterhaltung gibt. Darüber hinaus anerkennt die herrschende Wirtschaftswissenschaft einen Handlungsbedarf des Staates im Falle von schweren Störungen des marktwirtschaftlichen Regelmechanismus sowie bei Vorliegen externer Effekte und bei der Bereitstellung originärer öffentlicher Güter sowie – last but not least – zur Korrektur politisch unliebsamer Ergebnisse des Marktgeschehens, insbesondere bei der Einkommensverteilung.

Bei allem grundsätzlichen Konsens der „Mainstream-Ökonomen“, daß der Staat nicht nur nicht aus der Wirtschaft herauszuhalten ist, sondern daß es ohne ihn gar nicht geht, ist die moderne Marktwirtschaftsdoktrin durch eine überaus skeptische Einstellung hinsichtlich der Fähigkeit „des Staates“ bzw. „der Politik“ charakterisiert, diese Aufgaben in befriedigender Weise erfüllen zu können. Diese Fähigkeit wird aus technischen wie auch aus politischen Gründen als äußerst begrenzt angesehen.

Das *technische* Problem besteht darin, daß rationale Wirtschaftspolitik nur auf der Grundlage theoretisch und empirisch gesicherter Erkenntnisse bzw. Informationen möglich ist, über die der Staat keineswegs immer verfügt. An diesem technischen Problem scheitert z. B. der Versuch des Staates, eine „zukunftsorientierte“ Industriepolitik zu betreiben, weil weder die Bürokratie noch die Politiker wissen können, welches die zukunftssträchtigen Sektoren sind. Nach Auffassung der „Mainstream-Ökonomen“ gehört deshalb

Industriepolitik (Investitionslenkung) nicht zum Aufgabenkatalog des Staates, weil er damit überfordert wäre und mehr Schaden als Nutzen verursachen würde. Aber auch im Bereich der genannten, unumstrittenen Staatsaufgaben gibt es zahlreiche technische Probleme. Somit wird schon von der technischen Seite her die Eignung des Staates zur Erfüllung der nur von ihm zu erbringenden Aufgaben mit Skepsis betrachtet.

Noch größere Vorbehalte werden gegenüber der *politischen* Eignung des Staates zur Wahrnehmung seiner Aufgaben für die Wirtschaft geltend gemacht. Die naive Vorstellung der überkommenen Theorie der Wirtschaftspolitik, nach der der Staat bei wirtschaftspolitischen Entscheidungen sich stets am „Gemeinwohl“ orientiert, hat einer realistischeren Sicht Platz gemacht, nach der die als „Staat“ handelnden Politiker und Bürokraten bei allen ihren Handlungen, also auch mit der Wirtschaftspolitik, vorrangig eigene Ziele verfolgen und erst in zweiter Linie das anstreben, was sie im Sinne des Allgemeinwohls für richtig halten. Politiker wollen die Wählerstimmen für ihre Partei maximieren, Bürokraten die von ihnen verwalteten Budgets. Bedingt durch die Entscheidungsmechanismen in der parlamentarischen Demokratie kommt es dadurch in fast allen Bereichen der Wirtschaftspolitik in aller Regel nicht zu optimalen Entscheidungen, wie sie neutrale Sachverständige im Hinblick auf das Effizienzziel und andere mehrheitlich akzeptierte Ziele, unter Berücksichtigung absehbarer Nebenwirkungen, treffen würden. Rationale, d.h. vom wissenschaftlichen Standpunkt notwendige, aber unpopuläre Maßnahmen unterbleiben, überflüssige, aber populäre werden durchgeführt³. Je weniger die Funktions-

³ Ein Beispiel für Unterlassungen ist die ausstehende Deregulierung des Wohnungsmarktes, für überflüssige, effizienzschädliche Überaktivität die Gewährung von Erhaltungssubventionen.

Friedrich Heinemann

Die Finanzverfassung und Kompetenzausstattung der Europäischen Union nach Maastricht

Eine finanzwissenschaftliche Soll-Ist-Analyse

Voraussetzung für das Gelingen der Regierungskonferenz »Maastricht II« 1996 ist eine unvoreingenommene Schwachstellenanalyse der heute gültigen EU-Verfassung.

1995, 236 S., brosch., 68,- DM, 503,50 öS, 68,- sFr, ISBN 3-7890-4032-0
(Schriftenreihe des ZEW, Bd. 5)



Nomos Verlagsgesellschaft · 76520 Baden-Baden



weise und -bedingungen der Marktwirtschaft in der Öffentlichkeit verstanden werden, um so größer ist der Spielraum für derartige populistische wirtschaftspolitische Entscheidungen.

Zusammenfassend läßt sich mithin sagen, daß die Marktwirtschaftskonzeption in ihrer heutigen Form auf der theoretisch und empirisch relativ gut gesicherten Effizienzhypothese basiert, nach der der marktwirtschaftliche Regelmechanismus unter Wettbewerbsbedingungen tendenziell die beste mögliche Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Gesellschaft gewährleistet. Sie sieht die Aufgabe des Staates deshalb vornehmlich in der Herstellung und Erhaltung dieses Regelmechanismus und der für dessen Funktionieren notwendigen Rahmenbedingungen. Darüber hinaus soll der Staat bei schweren Gleichgewichtstörungen konjunkturpolitisch intervenieren, Marktergebnisse unter sozialen Aspekten korrigieren, soziale Sicherheit gewährleisten, originäre öffentliche Güter bereitstellen und die ökologischen Negativeffekte des gesellschaftlichen Wirtschaftens auf ein Minimum begrenzen.

Unschärfen in Details

Diese insoweit zweifellos nachvollziehbare Wirtschaftssystemkonzeption weist jedoch um so mehr Unschärfen auf, je mehr es darum geht, die abstrakt formulierten Staatsaufgaben in konkrete Handlungsanweisungen für die Wettbewerbs-, Konjunktur-, Sozial- und Umweltpolitik umzusetzen. Da dabei unterschiedliche Zielvorstellungen und Lagebeurteilungen ins Spiel kommen, bleibt, je weiter man sich vom Kernbereich der Konzeption entfernt und/oder in Details geht, ein um so größerer Spielraum für Kontroversen und „politische“ Lösungen.

Das ist insofern kein Nachteil, als die relative Offenheit der Marktwirtschaftskonzeption die dogmatische Überhöhung historisch entstandener Strukturen vermeidet und deren laufende Anpassung an sich wandelnde gesellschaftspolitische Zielvorstellungen ermöglicht. Doch die relative Unschärfe der Marktwirtschaftskonzeption, vor allem die Schwierigkeit, im Einzelfall die Grenzen für systemkonforme Lösungen aufzuzeigen, schwört permanent die Gefahr von Verstößen gegen die Funktionsbedingungen des Wirtschaftssystems und damit der Aushöhlung der ursprünglichen Konzeption herauf.

Diese Gefahr wird verstärkt durch das weitverbreitete Unbehagen an der „real existierenden“ Marktwirtschaft und ihren vielfältigen, im allgemeinen als negativ empfundenen Nebenwirkungen der „Wohlstands-

produktion“, wie Unsicherheit, Ungleichheit, Konkurrenzdruck usw. Dieses Unbehagen äußert sich in einer Marktwirtschaftskritik – da kein Alternativsystem mehr in Sicht ist – nicht mehr als „systemüberwindende“ Fundamentalkritik, sondern als konstruktive Kritik an tatsächlichen oder angeblichen Verfehlungen von Zielen, über die ein relativ breiter gesellschaftlicher Konsens besteht (Effizienz, soziale Gerechtigkeit, Umweltschutz und demokratische Partizipation).

Diese Kritik operiert nicht selten vor dem Hintergrund unausgesprochener und manchmal vielleicht sogar unbewußter Vorstellungen von einer heilen Welt, die auch der sozialistischen Utopie zugrunde lagen – einer idealen Welt sozialer Gleichheit und totaler Harmonie, in der „jeder nach seinen Fähigkeiten“ willig seinen Leistungsbeitrag erbringt und „nach seinen Bedürfnissen“ bekommt, was er sich nur wünscht. Dadurch geht nicht selten der Blick dafür verloren, daß es eine ideale Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung nicht gibt, Gesellschaftspolitik somit nur „zweitbeste“ Lösungen durch permanente, im demokratischen Prozeß zu findende Kompromisse erreichen kann. Statt dessen werden bewährte Institutionen an Utopien gemessen und dadurch in Frage gestellt, ohne daß bessere Lösungen auch nur entfernt in Sicht wären.

Nach wie vor ist die Kritik an der Marktwirtschaft bzw. der Marktwirtschaftsdoktrin geprägt von der Denkweise der sogenannten „Kapitalismuskritik“ der 70er Jahre. Diese stellte die Effizienzhypothese grundsätzlich in Frage, strich angeblich systembedingte soziale Defizite der Marktwirtschaft heraus, unterstellte der Marktwirtschaft eine unvermeidliche Tendenz zur Umweltzerstörung und griff sie darüber hinaus als undemokratisches und unmoralisches System an.

Zweifel an der Effizienzhypothese

Da die Effizienzhypothese mit dem Wettbewerb steht oder fällt – d.h., nur wenn Wettbewerb existiert, bringen die Märkte die erwähnten erwünschten Wettbewerbswirkungen hervor –, wiegt das Argument schwer, daß in der modernen Wirtschaft die Märkte überwiegend „vermachtet“ seien und daß die Wettbewerbspolitik nicht in der Lage sei, ausreichenden Wettbewerb zu gewährleisten. Angesichts spektakulärer Konzentrationsprozesse und hoher Konzentrationsgrade auf vielen Märkten einerseits und der Uneinigkeit der Wettbewerbstheoretiker hinsichtlich der notwendigen bzw. hinreichenden Bedingungen für Wettbewerb andererseits, ist dieser Vorwurf nicht leicht zu widerlegen. Man kann dagegen nur einwen-

den, daß man von hohen Konzentrationsgraden nicht einfach auf mangelnden Wettbewerb schließen kann, daß es in vielen Sektoren vor allem infolge der technologischen Entwicklung durchaus auch Dekonzentrationsprozesse gibt⁴, daß auch durch die Globalisierung der Wirtschaft die Märkte für handelbare Güter einem in der Regel sogar wachsenden Wettbewerb aus dem Ausland ausgesetzt sind, daß es darüber hinaus so etwas gibt wie potentielle Konkurrenz, die den Mißbrauch von Marktmacht riskant macht, und schließlich daß es den sogenannten Substitutionswettbewerb gibt, also letztlich alle Güter mehr oder weniger um die Nachfrage der Konsumenten konkurrieren.

Wettbewerbsbeschränkungen durch Private stellen somit vermutlich für die Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft und damit für die tendenzielle Erreichung der effizienten Bedürfnisbefriedigung ein geringeres Problem dar als Wettbewerbsbeschränkungen durch staatliche Regulierungen. Solche gibt es unter anderem noch in der Verkehrswirtschaft, im Versicherungswesen, im technischen Prüfungs- und Sachverständigenwesen, im Bereich der Rechts- und Wirtschaftsberatung und im Handwerk. In diesen Fällen geht es in aller Regel um den Schutz der Wettbewerber, nicht des Wettbewerbs. Die Belege für angebliches Marktversagen in den regulierten Bereichen erweisen sich bei näherer Prüfung als wenig überzeugend. Im Gegenteil, es steht außer Frage, daß sich das Wettbewerbsprinzip durchaus auch auf Bereiche ausdehnen ließe, die bisher nicht einmal der Wirtschaft zugerechnet werden, obwohl es sich dabei um grundsätzlich marktfähige Dienstleistungen handelt, wie z.B. im Bildungssektor. Dieser ließe sich sehr weitgehend wettbewerbslich organisieren, ohne daß er vollständig privatisiert werden müßte oder man von der kostenlosen Bereitstellung des Gutes Bildung durch den Staat abrücken müßte⁵.

Richtig an der oft zu hörenden Behauptung des Marktversagens ist, daß es öffentliche Bedürfnisse gibt, deren Befriedigung durch den Staat infolge von Externalitäten (z.B. beim Küstenschutz) oder von Unteilbarkeiten und sinkenden Grenzkosten (z.B. bei der Infrastruktur) durchaus Sinn macht. Doch solche originären öffentlichen Bedürfnisse sind seltener zu finden, als man allgemein annimmt. Um so problemati-

sch ist es, wenn der Staat die kostenlose oder verbilligte Bereitstellung sogenannter meritotischer Güter mit der Begründung immer weiter ausdehnt, daß dies im öffentlichen Interesse oder aus sozialen Gründen notwendig sei. Denn, abgesehen von der bekannten Ineffizienz staatlicher Leistungen, die immer ausuferndere Erklärung meritotischer Güter zu öffentlichen Gütern führt zu einer Absenkung des Wohlstandsniveaus, weil der Nutzenzuwachs der Individuen durch den kollektiven Konsum kleiner ist als der Konsumnutzenentgang durch die Finanzierung über Steuern. Vorteile daraus ziehen nur die Politiker, die diese Form der „Volksbeglückung“ zum Zwecke der Wählerstimmenmaximierung betreiben.

Krisenanfälligkeit der Marktwirtschaft

All diese hier kurz zusammengefaßten Gegenargumente zur Kritik an der Effizienzhypothese sind auf populärwissenschaftlichem Niveau nur schwer überzeugend zu belegen. Einfacher ist dies, soweit die Effizienzhypothese immer noch mit dem Hinweis auf die „Krisenanfälligkeit“ der Marktwirtschaft attackiert wird. Richtig ist, daß es in der Marktwirtschaft zu Gleichgewichtsstörungen (Konjunkturschwankungen) kommen kann, die mit einer temporären Unterauslastung der Kapazitäten einhergehen. Da die Wirtschaftstheorie konzeptionelle Vorstellungen zur Vermeidung bzw. Überwindung solcher Gleichgewichtsstörungen entwickelt hat und es dadurch gelungen ist, das Krisenproblem einigermaßen in den Griff zu bekommen, hat der Hinweis auf die „kapitalistischen Krisen“ – der früher als ein durchschlagendes Argument für die Abschaffung der Marktwirtschaft betrachtet wurde – kaum noch Konjunktur.

Statt dessen hat sich das Schwergewicht der Kritik an der Effizienzhypothese auf das in den letzten 20 Jahren immer mehr in den Vordergrund getretene Problem der Arbeitslosigkeit, die permanente Nichtauslastung eines beträchtlichen Teils des Faktors Arbeit, verlagert. Danach stellt Arbeitslosigkeit ein im Rahmen der Marktwirtschaft unlösbares Problem dar. Dieser Vorwurf wirkt um so überzeugender, als über zwei Jahrzehnte empirische Evidenz ihn zu bestätigen scheint. Er ist um so schwerer zu entkräften, als die Arbeitslosigkeit nicht monokausal verursacht ist.

Die Hauptursachen für die langfristigen Beschäftigungsprobleme in den entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern sind jedoch cum grano salis zum einen in der Dynamik des binnen- und weltwirtschaftlichen Strukturwandels zu sehen und zum anderen in der Regulierung des Arbeitsmarktes. Letztere – zum Schutz der Arbeitnehmer mit dem Argument er-

⁴ Vgl. Michael Krakowski: Dekonzentrationsprozesse in der Bundesrepublik Deutschland, FIW-Schriftenreihe, Köln u.a. 1985.

⁵ Dazu würde es genügen, wenn der Staat den Schülern bzw. Studenten geldwerte „Vouchers“ aushändigen würde, mit denen diese die Studiengebühren der Bildungsinstitution ihrer Wahl begleichen könnten; vgl. dazu David Friedman: The Machinery of Freedom, New Rochelle, New York 1978, S. 73 ff.

kämpft, daß Arbeit keine Ware sei – verhindert die tendenzielle Markträumung. Tarifverträge wirken wie Mindestlohnkartelle. Soweit die tarifvertraglichen Mindestlöhne für Arbeitnehmer bestimmter Qualifikationen höher liegen als deren Grenzproduktivität, werden deren Arbeitsplätze abgebaut, entweder durch Kapital substituiert oder in Regionen mit niedrigeren Lohnkosten verlagert. Generell bewirken tarifvertragliche Konditionen (hohe Lohnnebenkosten, restriktive Arbeitszeitregelungen usw.) und gesetzliche Vorschriften (Kündigungsschutz, Sozialpläne usw.) sowie die wachsende internationale Konkurrenz eine stagnierende bzw. sinkende Nachfrage nach Arbeit in den Industrieländern, während das Angebot an Arbeit durch geburtenstarke Jahrgänge, verändertes Erwerbsverhalten (Frauenerwerbstätigkeit), Zuwanderer und Grenzgänger tendenziell zunimmt.

Eine einfache Lösung des daraus resultierenden Arbeitslosigkeitsproblems ist nicht in Sicht; sie kann jedoch nur in Richtung einer sozial flankierten Deregulierung des Arbeitsmarktes liegen. Der sogenannte „zweite Arbeitsmarkt“ ist nicht als ein Lösungsversuch des Arbeitslosigkeitsproblems zu betrachten, sondern als eine soziale Maßnahme. Perfekte Lösungen sind im Rahmen einer sozialen Marktwirtschaft jedoch kaum vorstellbar, weil die Notwendigkeit einer gewissen sozialen Regulierung des Arbeitsmarktes dessen Fähigkeit zur Markträumung beeinträchtigt. Hier kollidieren soziale Ziele und Effizienzziele und erfordern Kompromisse.

Systembedingte soziale Defizite?

Derartige Kompromisse zwischen den Effizienzzielen und den sozialen Zielen charakterisieren das Konzept der sozialen Marktwirtschaft, welches von der Einsicht ausgeht, daß die Marktwirtschaft sozialer Korrekturen bedarf. Denn das heute weitgehend allgemein akzeptierte gesellschaftspolitische Zielsystem enthält neben dem Effizienzziel soziale Ziele, wie soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherheit. Deren Erreichung kommt für die Akzeptanz des Wirtschaftssystems zweifellos eine entscheidende Bedeutung zu.

Um so schwerer wiegen die Vorwürfe, daß die Marktwirtschaft zunehmende Armut, wachsende Ungleichheit und unvermeidliche soziale Ungerechtigkeit bewirke. Die systembedingte ungleiche Vermögensverteilung mache die Herstellung von gleichen Startchancen für alle Individuen unmöglich. Deshalb sei die Behauptung, daß in der Marktwirtschaft die Verteilung nach Leistung erfolge und damit gerecht sei, unhaltbar. Dagegen ist einzuwenden, daß ungleiche Startchancen nicht nur aus der ungleichen Ver-

mögensverteilung resultieren, sondern auch aus dem sozialen Status der Eltern, Beziehungen und unterschiedlichen Begabungen. Davon abgesehen aber gibt es wohl kaum ein besseres Verfahren zur Herstellung von Verteilungsgerechtigkeit – definiert als Entlohnung und Zuweisung des sozialen Status nach der persönlichen Leistung – als über wettbewerblich organisierte Märkte. Denn wie anders kann Leistung definiert und bewertet werden, wenn nicht als Leistungsbeitrag zur Befriedigung der Gesamtnachfrage, ausgedrückt in am Markt erzielbaren Arbeits- oder Gewinneinkommen.

Wenn bei diesem Verfahren zugegebenermaßen auch leistungsfremde Elemente wie Glück und Zufall ins Spiel kommen, so wäre jedoch jede andere Bewertung wirtschaftlicher Leistung oder moralischer Verdienste erst recht willkürlich. Wer soll entscheiden, ob eine pflichttreue Krankenschwester mehr oder weniger verdienen soll als eine Schauspielerin oder ein Bankier? Legt man einer Anzahl von Personen eine Liste von Berufsgruppen vor, mit der Bitte, eine Rangfolge für die Entlohnung festzulegen und die Spanne zwischen den niedrigsten und den höchsten Einkommen anzugeben, erhält man äußerst unterschiedliche Ergebnisse. Das heißt, es gibt keine auch nur annähernd allgemein akzeptierten Normen für Verteilungsgerechtigkeit. Damit aber geht der Vorwurf, die Marktwirtschaft führe zu einer „ungerechten“ Einkommensverteilung, ins Leere. Akzeptiert man jedoch die Verteilung gemäß der relativen Knappheit der Leistungsbeiträge, erfordert die Herstellung von mehr Gerechtigkeit mehr Wettbewerb und damit mehr Marktwirtschaft. Denn die von vielen als ungerecht empfundenen, extrem hohen Einkommen resultieren nicht selten aus Wettbewerbsbeschränkungen und staatlichen Regulierungen.

Grenzen des Sozialstaates

Von allen normativen Gerechtigkeitskonzepten für die Einkommensverteilung ist demnach die Verteilung entsprechend der relativen Knappheit der Leistungsbeiträge noch am ehesten plausibel und operationalisierbar. Angesichts dieser Tatsache zieht sich die Kritik an der Marktwirtschaft auf die Gleichsetzung von Ungerechtigkeit und Ungleichheit zurück. Danach ist die marktwirtschaftliche Einkommensverteilung ungerecht, weil sie zwangsläufig Ungleichheit bedingt. Ungleichheit gefährde den sozialen Frieden und damit auch – u.a. durch Verteilungskämpfe – die Effizienz. Da dem schwerlich zu widersprechen ist, sieht das Konzept der sozialen Marktwirtschaft die Korrektur übermäßiger Verteilungsungleichheit durch Umvertei-

lung vor. Die Korrektur der Ungleichheit durch Umverteilung findet nach dieser Doktrin ihre Grenze dort, wo sie den Leistungswillen sowohl der Zahler als auch der Empfänger von Sozialleistungen beeinträchtigt. Wo diese in der Praxis zu ziehen ist, ist naturgemäß um so mehr umstritten, je mehr es um die konkrete Ausgestaltung der Verteilungspolitik geht.

Bei diesem Streit um die Grenzen des Sozialstaates wird häufig übersehen, daß die Sozialpolitik nicht nur vor einem *quantitativen*, sondern auch vor einem *qualitativen* Problem steht. Nicht nur ein Zuviel an Sozialpolitik, auch Konstruktionsfehler in den sozialpolitischen Leistungssystemen können sich erheblich effizienzschädlich auswirken. Neben der Frage des vertretbaren Ausmaßes an Sozialpolitik in der Marktwirtschaft stellt sich mithin das Problem des Einbaus von Regelungsmechanismen in die einzelnen Sozialleistungssysteme⁶.

In der Bundesrepublik wurde das soziale Netz seit 1949 immer enger geknüpft: Die Renten wurden dynamisiert, immer mehr Bürger wurden in die Renten- und Krankenversicherung einbezogen, die Lohnfortzahlung im Krankheitsfalle wurde für alle Arbeitnehmer eingeführt, die staatliche Ausbildungsförderung wurde ausgebaut, Umschulung staatlich finanziert, die Sozialhilfe gänzlich neu geregelt und stark erweitert, für einkommensschwache Familien wurde das Wohngeld eingeführt und vieles andere mehr, bis hin zur Einführung der Pflegeversicherung. Im krassen Gegensatz zu dieser Entwicklung steht die immer wieder zu hörende und in allen Medien ständig wiederholte Klage, das bundesdeutsche Wirtschaftssystem entferne sich zunehmend von der Idee der sozialen Marktwirtschaft und vom Ideal des Sozialstaates. Schlagworte wie „Sozialabbau“ und „neue Armut“ charakterisieren die schweren, der Marktwirtschaft in diesem Zusammenhang gemachten Vorwürfe, bis hin zu der Behauptung, die Reichen würden immer reicher und die Armen immer ärmer.

Armut als Durchgangsstadium

Die Behauptung einer absoluten Zunahme von „Armut“ in den westlichen Marktwirtschaften wird in aller Regel statistisch begründet. So ist nach einer gängigen Armutsdefinition arm, wer weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens verdient. Entsprechend dieser Definition nimmt die Zahl der definitionsgemäß Armen zu, wenn bei gleichbleibenden Einkom-

men der unterdurchschnittlich Verdienenden, die Einkommen der überdurchschnittlich Verdienenden steigen. Je ungleicher die Verteilung, um so größer ist die Armut – unabhängig von den Konsummöglichkeiten der Bezieher von Einkommen unterhalb der als Armutsgränze definierten Hälfte des Durchschnittseinkommens.

Häufig werden auch steigende Ausgaben für Sozialhilfe und/oder die Zunahme der Zahl der Sozialhilfeempfänger als Beleg für die „wachsende Armut“ eingeführt. Im ersten Fall führt paradoxerweise die verbesserte Alimentierung der Sozialhilfeempfänger zu wachsender Armut. Im zweiten Fall wird übersehen, daß im ausgebauten Sozialstaat, der Sozialhilfe auf relativ hohem und mit der Einkommensentwicklung steigendem Niveau gewährt, der Anreiz wächst, die Sozialhilfe für ein zeitweiliges Aussteigen in Anspruch zu nehmen, also bewußt als Alternative zur Teilnahme am Arbeitsprozeß einzuplanen. Diese „Armut auf Zeit“, kann „geradezu Teil der Lebensgestaltung sein, etwa bei alleinstehenden Müttern mit Kindern. Selbst ein mehrjähriger Hilfebezug kann einen ‚biographischen Übergang‘ bedeuten, eine ‚Auszeit‘. Die Mütter können sich der Erziehung widmen und gewinnen nicht selten, trotz materieller Enge, an Autonomie.“⁷ Sogenannte Armut ist also für viele ein Durchgangsstadium, und diese Art ist von der klassischen Armut grundverschieden.

Darüber hinaus sollte man nicht übersehen, daß die Zahl der Sozialhilfeempfänger bzw. die Aufwendungen für Sozialleistungen auch stark von Einflußfaktoren abhängen, die nichts mit dem Wirtschaftssystem zu tun haben, wie etwa die Zuwanderung. Bei Lichte betrachtet reduziert sich somit der gegen die Marktwirtschaft gerichtete Armutsvorwurf auf die Feststellung, daß alle Umverteilungsanstrengungen in der Marktwirtschaft es in der Tat nicht schaffen, die soziale Ungleichheit nachhaltig zu verringern⁸. In der Tat werden die Reichen immer reicher – aber nicht nur diese, sondern auch die Armen und die Durchschnittsverdiener. Die statistisch gemessene wachsende Armut ist eher ein Indiz für den aus der marktwirtschaftlichen Effizienz resultierenden, stetig wachsenden Reichtum der Gesellschaft, der durch Sozialkonsum, Sozialhilfe, Sockelungen, sozialpolitische Vergünstigungen für die Bezieher niedrigerer Einkommen usw. durchaus auch der „Unterschicht“⁹

⁶ So hat z.B. das deutsche Gesundheitssystem einen schweren Geburtsfehler, der darin besteht, daß es über keine „Kostenbremse“ verfügt.

⁷ Stephan Leibfried, Lutz Leisering: Das neue Bild der Armut, in: Die Zeit, Nr. 47, 18. November 1994, S. 33.

⁸ Auch die früher stark favorisierte Förderung der „Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand“ ist dazu wohl kaum geeignet. Vgl. hierzu Heinz-Dietrich Ortlieb: Die Legende vom Volkskapitalismus, Berlin 1963.

zugute kommt und den Mißbrauch von Sozialleistungen und den Ausstieg in die Sozialhilfe attraktiver macht. Es wäre auch paradox, wenn in den westlichen Wirtschaftsgesellschaften, deren Sozialprodukt pro Kopf sich seit dem Kriege vervielfacht hat, tatsächlich „die Armen immer ärmer“ würden.

Umwelterstörung durch Marktwirtschaft?

Die naive, als „Kapitalismuskritik“ sehr selbstbewußt auftretende Marktwirtschaftskritik der 70er Jahre begründete die Notwendigkeit der „Systemüberwindung“ unter anderem auch mit dem Argument, daß die immer drängender werdenden Umweltprobleme die Beseitigung der „profitorientierten“ Produktion notwendig machten. Angesichts des Umweltdesasters in allen ehemaligen sozialistischen Ländern dürften inzwischen alle erkannt haben, daß diese, vielen damals durchaus einleuchtende Auffassung eine der größten Illusionen der linken Utopisten gewesen ist.

Dabei lag der einschlägigen Argumentation die durchaus richtige Einsicht zugrunde, daß in das Gewinnkalkül von in Wettbewerb stehenden Unternehmen in der Marktwirtschaft Umweltfaktoren nur dann eingehen, wenn diese einen Preis haben. Ist dies nicht der Fall, kommt es zu externen Effekten, die soziale Kosten darstellen. Umweltschutz ist also ein öffentliches Gut, welches die Marktwirtschaft nicht von selbst bereitstellt. Hier muß der Staat eingreifen und die Umweltbelastungen nicht nur der Produktion, sondern auch des Verbrauchs in dem Maße verteuern, wie es im Umweltinteresse notwendig ist. Soweit dies gelingt, werden die externen Effekte der privatwirtschaftlichen Produktion und des Konsums „internalisiert“, entsprechende Anpassungsprozesse auf den Wettbewerbsmärkten ausgelöst und die Konflikte zwischen ökologischen und ökonomischen Zielen – soweit dies möglich ist – gelöst.

In der Praxis ist dies allerdings alles andere als einfach. Von dem Problem, eine solche Politik durchzusetzen, einmal abgesehen, gibt es erhebliche Informationsprobleme hinsichtlich der Bewertung von Nutzen und Kosten, der Festsetzung der Höhe von Umweltabgaben, der Erkennung und Zurechnung von Schäden usw. Dessen ungeachtet ist jedoch festzustellen, daß eine wirksame Umweltpolitik in der Marktwirtschaft auf markt- und systemkonforme Weise möglich ist. Es gibt jedoch auch die Auffassung, daß längerfristig das Überleben der Menschheit und die Marktwirtschaft in ihrer heutigen Form unvereinbar seien.

Ihr liegt die Hypothese zugrunde, daß das wirtschaftliche Wachstum global an Grenzen stoße, Marktwirtschaft mit Nullwachstum aber nicht denkbar sei.

Es wird darüber hinaus angeführt, daß bei wachsender Bevölkerung auch ein wirtschaftliches Nullwachstum Umweltschäden keineswegs verhindern würde. Es ist offensichtlich, daß in reichen Volkswirtschaften mit wachsendem Sozialprodukt nicht nur das Umweltbewußtsein größer, sondern auch der für Umweltschutz notwendige Aufwand leichter bereitzustellen ist. Nach heutiger Auffassung geht es daher darum, durch Internalisierung der externen Effekte der Wirtschaftstätigkeit das Wirtschaftswachstum dauerhaft umweltverträglich zu machen. Danach soll sich Wachstum so vollziehen, daß es auch unter Umweltaspekten längerfristig aufrechtzuerhalten ist. Das Schlagwort dafür heißt nachhaltige (oder tragfähige) Entwicklung. Die zahlreichen bei der Operationalisierung dieses Konzeptes auftretenden Probleme sind jedoch größtenteils noch ungelöst – alternative Konzepte für Lösungen außerhalb des marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmens aber schon gar nicht in Sicht.

Grenzen des Wachstums?

In enger Verbindung zu der Forderung, die Marktwirtschaft aus ökologischen Gründen abzuschaffen oder zumindest umzuformen, um das quantitative Wachstum einzudämmen, wird heute verstärkt auch das Freihandelspostulat in Frage gestellt. Dies heute kaum noch mit der Begründung der 70er Jahre, daß der von den westlichen Marktwirtschaften dominierte Welthandel die Entwicklungsländer systematisch „peripherisiere“ und ausbeute und deren Entwicklung verhindere oder zumindest erschwere, sondern mit dem ökologischen Argument, er begünstige das rohstoffverbrauchende, umweltzerstörende quantitative Wachstum und sei wegen unnötiger Transportkosten umweltschädlich.

Wie sich solche Vorstellungen mit der gleichfalls erhobenen Forderung nach einer sozialen Korrektur des weltweiten Wohlstandsgefälles durch Transfers zugunsten der ärmeren Länder, die ja auch Realtransfers, also Kapital- und Güterströme bedingen, vereinbaren lassen, sei dahingestellt. Auch wie die internationale Wirtschaftsordnung, die die liberale Weltwirtschaftsordnung ersetzen soll, konkret aussehen könnte, bleibt in aller Regel ebenso offen, wie die Antwort auf die Frage, wie die Volkswirtschaften aussehen sollen, „für die das Fehlen von Wachstum kein Desaster ist“¹⁰.

⁹ Der dieser Unterschicht angehörende Personenkreis wechselt infolge hoher sozialer Mobilität sehr stark. Von einem gewissen Bodensatz abgesehen ist „Armut“ daher heute kein Klassenphänomen.

¹⁰ So Hermann E. Daly in einem Interview mit der Wochenzeitung Die Zeit, vgl. Nr. 42, 13. Oktober 1995, S. 29.

Die wohl richtige Feststellung, daß das Bevölkerungswachstum und der Verbrauch natürlicher Ressourcen nicht ad infinitum weitergehen können, ist wenig hilfreich. Es mag sein, daß das langfristige Umdenken der Menschen, das angeblich für das Überleben der Menschheit notwendig ist, durch die Marktwirtschafts- und Freihandelsdoktrin behindert wird. Doch auf mittlere Sicht ist dies solange kein Argument gegen die Marktwirtschaft, wie es keine konkreten Vorstellungen über eine den globalen Grenzen des Wachstums besser gerecht werdende Ausgestaltung der nationalen und internationalen Wirtschaftsordnung gibt. Im übrigen ist die Marktwirtschaft ein nachfragegesteuertes System, d.h., sie reagiert auf veränderte Zielvorstellungen der Verbraucher. Wenn an die Stelle der Nachfrage nach immer mehr Gütern eine vermehrte Nachfrage nach Umweltqualität (oder auch Freizeit) tritt, ist sie durchaus in der Lage, auch diese Bedürfnisse zu befriedigen.

„Gesellschaftspolitische“ Marktwirtschaftskritik

Eines der vielleicht einleuchtendsten Argumente der Kapitalismuskritik der 70er Jahre war der Vorwurf, daß die Marktwirtschaft mit ihrer ungleichen Einkommens-, Vermögens- und damit Machtverteilung das Prinzip der Gleichheit der demokratischen Partizipation der Bürger im Staat verletze. Infolge der Möglichkeit der Eigentümer und Manager von Großunternehmen, ihre wirtschaftliche Macht in politische Macht zu transformieren, stelle „die Wirtschaft“ in der Demokratie eine übermächtige Interessengruppe dar, die in der Lage sei, die Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik stets in ihrem Sinne zu beeinflussen und damit notwendige gesellschaftspolitische Veränderungen zu unterbinden.

Dagegen ist einzuwenden, daß die politische Macht der wirtschaftlich Mächtigen im Rahmen der parlamentarischen Demokratie, die zweifellos in vielen Ländern ein sehr großes Problem darstellt, schwerlich geeignet ist, die Marktwirtschaft in Frage zu stellen, weil dies kein systemspezifisches Problem der Marktwirtschaft ist. In der Planwirtschaft war es – durch die marxistische Ideologie allerdings verschleiert – in weitaus gravierenderem Maße vorhanden, und zwar in der Form einer (fast) völligen Identität von wirtschaftlicher und politischer Macht. Demgegenüber sorgt in der Marktwirtschaft der Wettbewerb dafür, daß sich die Spielräume der wirtschaftlich Mächtigen zur Ummünzung ihrer Wirtschaftsmacht in politische Macht in Grenzen halten.

Marktwirtschaft und Demokratie gründen auf den gleichen Prinzipien – der individuellen Freiheit und

Mündigkeit sowie der „checks and balances“. Marktwirtschaft ist nach Eucken Verbraucherdemokratie, ein – wie er sagt – „das ganze Jahr hindurch vom Morgen bis in die Nacht währendes Volksreferendum, die technisch idealste Erscheinungsform von Demokratie, die überhaupt existiert“, weshalb sich diese Wirtschaftsordnung „aufs Vollkommenste in eine politische Demokratie“¹¹ einfüge. Dies ist wohl etwas zu euphorisch, weil infolge ungleicher Einkommens- und Vermögensverteilung in der Marktwirtschaft der Grundsatz „one man one vote“ nicht erfüllt ist. Dessen ungeachtet kann man jedoch im auf Privateigentum beruhenden Marktssystem ein Element der Gewaltenteilung sehen, welches einen allmächtigen Staat entbehrlieh macht und eine ganz wesentliche Voraussetzung für die individuelle Freiheit darstellt.

Nach einer anderen, sehr alten Argumentationslinie ist die Marktwirtschaft ein „Moralzehir“, d.h., sie zerstört die moralischen Grundlagen der Gesellschaft. Da der Wettbewerb ständig die wirtschaftliche Existenz der Individuen bedrohe, führe er zur Ellbogengesellschaft, zu rücksichtslosem, aggressivem, hartem, ja brutalem Verhalten, welches die Marktwirtschaftsdoktrin in Gestalt des „homo oeconomicus“ sanktioniere. Doch die Marktwirtschaft hat weder das nutzenmaximierende Verhalten noch seine Auswüchse hervorgebracht, sondern sie wurde auf der Grundlage der – philosophisch abgeleiteten und empirisch (auch in der sozialistischen Gesellschaft) bestätigten – Erkenntnis, daß sich Menschen so verhalten, konstruiert – mit dem Ziel, das egoistische Individualverhalten vor den Karren des Gemeinwohls zu spannen, was offensichtlich auch ganz gut funktioniert.

Das Dilemma mit dem Staat

Bis hierher sollte deutlich geworden sein, daß sich die Marktwirtschaftsdoktrin als relativ geschlossenes Konzept darstellen läßt. Sie ist aber alles andere als ein großer gesellschaftspolitischer Entwurf, geeignet, Begeisterung hervorzurufen. Lediglich in seiner Frühzeit, als der Wirtschaftsliberalismus als revolutionäre Ideologie des Bürgertums gegen den absolutistischen Staat fungierte, hatte er eine gewisse Anziehungskraft auch für die Intellektuellen jener Zeit. Doch eine mit der sozialistischen Idee auch nur entfernt vergleichbare Attraktivität hat er nie erreicht. In seiner heutigen Form als sozialtechnologisches Konzept, das alles andere ist als eine chiliastische Vision einer idealen

¹¹ Walter Eucken: Grundsätze der Wirtschaftspolitik, 2. Auflage, Tübingen 1955, S. 130.

Gesellschaft, sondern die Welt und die Menschen nimmt wie sie sind, ist die Marktwirtschaft wenig geeignet, Emotionen zu mobilisieren.

Die ihr zugrunde liegende Konzeption ist komplex und kompliziert und eignet sich um so weniger zur Popularisierung, als sie angesichts vielfältiger gesellschaftspolitischer Zielbeziehungen die Notwendigkeit von Kompromißlösungen betont, die nur auf wissenschaftlichem Niveau entwickelt und diskutiert werden können. Sie gibt auch nicht vor, eine fertige Antwort auf alle kritischen Einwände und offenen Fragen parat zu haben. Man darf folglich von einer breit angelegten Bildungsinitiative zur Stärkung ihrer kognitiv begründeten Akzeptanz keine Wunder erwarten.

Zu alledem kommt hinzu, daß die auf der neoklassischen Wirtschaftstheorie beruhende Marktwirtschaftsdoktrin im Lichte der sogenannten Neuen Politischen Ökonomie als in sich widersprüchlich erscheint. So hat nach der Marktwirtschaftsdoktrin einerseits der Staat aufgrund vorhandenen Marktversagens für die Wirtschaft so wichtige Aufgaben zu übernehmen, wie die Herstellung und Bewahrung der Wettbewerbsordnung und die soziale und ökologische Korrektur von Marktergebnissen, während er sich andererseits, aufgrund vorhandenen Staatsversagens weitgehend aus dem Wirtschaftsgeschehen heraushalten sollte. Wenn aber der Staat – wegen des nutzenmaximierenden Verhaltens der Politiker und der Bürokratie – nur über beschränkte Fähigkeiten zur Durchsetzung einer vernünftigen Wirtschaftspolitik verfügt, wie kann er dann die nach der Marktwirtschaftsdoktrin von ihm notwendigerweise zu übernehmenden schwierigen Aufgaben im Rahmen der Ordnungs-, Sozial- und Umweltpolitik wirksam wahrnehmen? Oder umgekehrt gefragt: Wenn der Staat schon so essentielle Aufgaben für die Wirtschaft zu übernehmen hat, warum soll er dann nicht auch nach Belieben und Notwendigkeit in den Wirtschaftsprozeß eingreifen dürfen?

Vermittlung durch Bildung

Dieses Dilemma, daß man einerseits dem Staat wenig zutraut und ihm andererseits doch wichtige Aufgaben zuweist, ist eine schwere Hypothek für die Geschlossenheit und Glaubwürdigkeit des Konzepts. Zwar gibt es Ansätze, durch eine entsprechende Ausgestaltung der Rechtsordnung und des politischen Systems das Problem zu entschärfen – etwa durch Verfassungsgrundsätze, autonome Institutionen, regelgebundene Politik. Doch perfekte Problemlösungen sind auf diese Weise nicht zu erreichen. Letztlich bleibt nur die Hoffnung auf die Wirksamkeit

der Kontrolle des Staates durch die mündigen Bürger. Diese allerdings setzt voraus, daß sie in der Lage sind, ordnungspolitisches Fehlverhalten von Regierungen und Parteien zu durchschauen, es ist also eine entsprechende sozialökonomische Bildung notwendig¹².

Doch der Vermittlung sozialökonomischer Bildungsinhalte stehen, nicht nur in den ehemaligen sozialistischen Ländern, sondern auch in den westlichen Marktwirtschaften große Hindernisse entgegen. Zum einen fehlt es an den notwendigen personellen Kapazitäten, die für die Vermittlung wirtschaftswissenschaftlicher Kenntnisse auf breiter Basis notwendig wären. Zum anderen sind viele Intellektuelle eher Marktwirtschaftsskeptiker oder gar deren entschiedene Gegner. Dies ist nicht zuletzt eine Spätfolge der 68er-Bewegung, welche häufig linke Ideen glorifizierte und die neoklassische, „bürgerliche“ Wirtschaftstheorie verteufelte.

Hinzu kommt schließlich ein weiteres schwerwiegendes Problem: Da der Staat, d.h. die jeweils herrschende Regierung, ein natürliches Interesse daran hat, sich einer zu starken Kontrolle durch die Wähler möglichst zu entziehen, ist das Interesse des Staates an einer allgemeinen sozialökonomischen Bildung ohne Frage um so geringer, je weniger sich die jeweilige Regierung selbst die Marktwirtschaftsdoktrin zu eigen gemacht hat und je mehr Wählerstimmen sie sich von der Marktwirtschaft kritisch gegenüberstehenden Bürgern erhofft. Aber selbst eine voll auf dem Boden der Marktwirtschaft stehende Regierung kann nur ein begrenztes Interesse daran haben, die eigene Schwäche, d.h. die permanente Gefahr des Staatsversagens, zum Gegenstand der Allgemeinbildung zu machen.

Somit steht es offenbar nicht gut um die Chancen, die Akzeptanz der Marktwirtschaft und deren rationale Weiterentwicklung durch die stärkere Verbreitung sozialökonomischer Kenntnisse in der Bevölkerung nachhaltig zu stärken. Da es jedoch den Anschein hat, daß auch in den relativ erfolgreichen westlichen Marktwirtschaften bis heute die Marktwirtschaft weder mehrheitlich geliebt noch verstanden wird, sollte dieser Befund nicht zu pessimistisch stimmen. Auf keinen Fall sollte er dazu führen, bei den Bemühungen, die Marktwirtschaftsdoktrin gegen alle Widerstände zu popularisieren und zu verbreiten, zu resignieren.

¹² Auch diese ist kein Allheilmittel. Denn die bessere Einsicht der Bürger schwindet rapide, wenn ihre kurzfristigen Interessen negativ berührt sind. Wer von Arbeitslosigkeit bedroht ist, plädiert für Erhaltungssubventionen, auch wenn er genau weiß, daß diese gegen die ökonomische Ratio verstoßen.